

**Bernd Obergassel**

# **AUSGENUTZT UND AUSGEGRENZT**

**Wie zukunftsfähig ist der Neoliberalismus?**

Schwedhelm Verlag

**Leseprobe**



1. Auflage 2009

© Schwedhelm Verlag, Regensburg

[www.schwedhelm-verlag.de](http://www.schwedhelm-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Druck Team KG, Regensburg

ISBN 978-3-941317-03-1

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
1. Der Neoliberalismus in seinem historischen Kontext .....	7
2. Tittytainment und die 20:80 Gesellschaft .....	17
3. Die Arbeitsagenturen als Instrument des Neoliberalismus. ....	22
4. Wir leben immer noch im Feudalismus .....	36
5. Die Leiharbeit als Instrument des Neoliberalismus .....	41
6. Die Ausbeutung der „Generation Praktikum“ .....	47
7. Die Notwendigkeit eines Mindestlohns .....	50
8. Die permanente Fixierung auf Arbeit macht krank .....	55
9. Das bedingungslose Grundeinkommen als Alternative .....	61
10 Die unsoziale Gedankenwelt unserer Elite .....	67
11 Die Renditegier im Neoliberalismus .....	74
12 Die Presse im Neoliberalismus .....	80
13 Falsche Prioritäten in der Wirtschaftspolitik .....	83
14 Die Rentenlüge im Neoliberalismus .....	89
15 Das Märchen vom aussterbenden Volk .....	94
16 Subventionsrepublik Deutschland .....	101
17 Die Ausbeutung durch den Zins .....	105
18 Der Crash der Finanzmärkte des Neoliberalismus .....	108
19 Die Aufgabe der Ratingagenturen in der Finanzwelt .....	120
20 25 Billionen US \$ Wertverlust an den Börsen .....	122
21 Was wird aus der Finanzkrise gelernt? .....	125

22 Die Banker sehen sich selbst als Opfer . . . . .	132
23 Eine Bad-Bank für den Bürger? . . . . .	135
24 Bürgschaften für die Wirtschaft - Ja oder nein? . . . . .	139
25 Konjunkturprogramme - Ja oder nein? . . . . .	146
26 Die Vergesellschaftung von Qualifizierungskosten . . . . .	160
27 Konjunkturprogramm für die Energiewende? . . . . .	164
28 Die Linkspartei profitiert nicht von der Wirtschaftskrise . . . . .	169
29 Die Risikoaffinität unserer Führungselite . . . . .	171
30 Die Vertrauenskrise des Rechtssystems . . . . .	177
31 Das Problem der Wahrnehmung der Gegenwart . . . . .	189
32 Mit dem Neoliberalismus in die Zukunft? . . . . .	192
33 Anmerkungen und Quellenverzeichnis . . . . .	200



## Vorwort

Neoliberalismus – so wird unsere Epoche, unser marktwirtschaftlich-kapitalistisches Wirtschaftssystem, in dem die westliche Welt heute lebt und arbeitet, von vielen Leuten die diesem kritisch gegenüber stehen, bezeichnet. Aber wer weiß dies schon? Und wer weiß, welche wirtschaftliche Handlungsmaxime sich dahinter verbirgt? Wie tickt denn eigentlich ein „Neoliberaler“?

Täglich werden wir mit dieser neoliberalen Handlungsmaxime konfrontiert. Vielen Menschen nutzt sie sehr. Andere wiederum, leiden intensiv unter den vielfältigen Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftsordnung, der wir uns unterwerfen sollen. Zum Beispiel unter den ausgrenzenden Hartz-Gesetzen.

Markus Müller und Stefan Schultz befragten Bernd Obergassel in einem lockeren Interview\*, zu seiner Sicht über gewisse Aspekte unserer heutigen Wirtschafts- Arbeits- und Lebenswelt.

Heute, in der Wirtschaftskrise, ist „neoliberal“ fast schon ein Schimpfwort. Offenkundig hat unsere Wirtschaftsordnung gravierende Mängel. Mängel, die Gier und Abzockermentalität befördern und zwangsläufig in eine wirtschaftliche Rezession, wie wir sie heute erleben, führen mussten. Ist die Finanzkrise wirklich nur durch das Fehlverhalten einiger weniger ausgelöst worden, oder steckt der Fehler tief im System? Bernd Obergassel stellt deshalb die Systemfrage.

Warum Bernd Obergassel so bereitwillig antwortet: „Ich möchte der nachkommenden Generation gegenüber nicht heuchlerisch behaupten müssen, ich hätte davon nichts gewusst.“

Tauchen Sie, lieber Leser, ein, in einen Fragen- und Antwortreigen, der auch viele Ihrer persönlichen Fragen beantworten hilft.

*Die heutige Krise lässt  
sich nicht mit Geld lösen.  
Sie ist nur mit Ethik zu lösen.*  
*Bernd Obergassel, 2009*



## 5. Die Leiharbeit als Instrument des Neoliberalismus

### **Schultz:**

Gerade die Leiharbeitsbranche hat immens viel dazu beigetragen vielen Menschen wieder einen Job zu geben und damit die Beschäftigungsquote in Deutschland nach oben zu treiben. Wie bewerten Sie diese Entwicklung?

### **Obergassel:**

Den Arbeitsmärkten kommt im Neoliberalismus eine zentrale Bedeutung zu, ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen doch essentiell für die Mehrung des Wohlstandes bei den Besitzenden.

Gerade die Zeitarbeitsfirmen, also die Leiharbeitsbranche, ist in meinen Augen von windigen Gaunern in Nadelstreifen besetzt. Für mich sind sie wie blutsaugende Zecken, die sich am erzeugten Mehrwert der Arbeitnehmer laben.

Bis 1967 war Leiharbeit in Deutschland verboten<sup>19</sup> und dabei hätte es auch bleiben sollen.

Die Arbeitnehmerverleihfirmen sind überflüssig wie ein Kropf, man könnte das Teilzeitbefristungsgesetz auch anders gestalten, wenn der Gesetzgeber es denn wollte. Stattdessen müssen sich die Arbeitnehmer wie Sklaven von einem Entleiher zum nächsten schicken lassen, lächeln und sagen: Ja, ich will.

### **Müller:**

Aber dadurch kamen wieder mehr und mehr Menschen in den Arbeitsprozess und die Arbeitslosigkeit, die Erwerbslosigkeit konnte deutlich gesenkt werden.

### **Obergassel:**

Fakt ist: Die Arbeitslosigkeit sank ein wenig – wahrscheinlich aufgrund der winzigen Gehälter der Leiharbeiter. Dies, und davon bin ich überzeugt, sogar weniger, als wenn es den ganzen Markt nicht gegeben

hätte. Denn der wirtschaftliche Aufschwung führte auch zu einer Belegung des Arbeitsmarktes. Vernünftig bezahlte neu Beschäftigte hätten den Aufschwung deutlich größer und nachhaltiger ausfallen lassen. Die anderen Fragen die ich mir stelle sind: Wem nutzt Leiharbeit und wem schadet sie in welcher Weise?

Der Entleihfirma nutzt es natürlich, zumindest kurzfristig. Durch die schmarotzende Arbeitsweise nutzt es der Verleihfirma erst recht. Der Arbeitnehmer aber, der kommt dabei unter die Räder.

Mittlerweile bekommt man von den ARGE n fast ausschließlich nur noch Jobangebote in die Leiharbeit, da sie eng mit den Leiharbeitsfirmen kooperieren. Dadurch landen Arbeitnehmer umgehend im Niedriglohnbereich.

Die Menschen werden zerrieben in der Mühle zwischen ARGE und Personalverleiher weil sie nicht kündigen dürfen, da sie sonst kein Geld von der ARGE bekommen. Denn dann haben sie fahrlässig ihre Beschäftigung aufgegeben und dies wird sanktioniert. Sie laufen Gefahr mittellos dazustehen. Dadurch ist faktisch ein Zwang zur Arbeit geschaffen worden.

Diese furchtbare Situation wird scham- und skrupellos von den Personalverleihern ausgenutzt. Für mich sind und bleiben die Personalverleiher nichts anderes als moderne Sklavenhändler. Die Leiharbeiter heute sind wie die Tagelöhner vor 150 Jahren. Begutachtete man früher Muskeln und Zähne, schaut man heute auf Alter und Lebenslauf. Ich halte die Leiharbeit, so wie sie sich heute etabliert hat, für nicht hinnehmbar und fordere alle Parteien auf, diese wieder gesetzlich zu unterbinden.

Markus Breitscheidel hat „Under Cover“ ein Jahr als Leiharbeiter, Zeitarbeiter gearbeitet und seine Erfahrungen in seinem Buch: „Arm durch Arbeit“ festgehalten – sehr empfehlenswert!<sup>20</sup>

**Müller:**

Positiv ins Feld geführt wird der Klebeeffekt, also dass der Arbeitnehmer in die Stammebelegschaft übernommen wird. Damit wären die Arbeitnehmer dann raus aus dieser „Sklaverei“.

**Obergassel:**

Dieser Klebeffekt ist nur marginal und damit ein naiver Traum. Dies beschreibt Markus Breitscheidel explizit. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass es eher umgekehrt ist – die Unternehmer gliedern ihre Stammbesellschaft aus und stellen sie über eine Zeitarbeitsfirma wieder ein – natürlich zu schlechteren Konditionen. Mithin handelt es sich hierbei sogar um dieselben Arbeitnehmer. Diese müssen sich durch dieses Outsourcing regelrecht verarscht und ausgenutzt vorkommen.

**Schultz:**

Sie sagten vorhin, der Nutzen für den Unternehmer wäre nur kurzfristig. Warum macht er es dann?

**Obergassel:**

Bei den Entleihfirmen wird der Konkurrenzdruck im Hinblick auf Arbeitslöhne und Arbeitszeiten erhöht, darüber freut sich der Entleiher. Ebenso über die zunehmende Entsolidarisierung der Stammbesellschaft, da jeder gegen jeden kämpft und dabei sein Bestes gibt. Der Druck macht kurzfristig produktiv.

Gleichzeitig herrscht angsterfüllte Stimmung in den Entleihfirmen, da die festtariflich gebundenen Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz und ihren Status Quo haben. Der Unternehmer kann durch Zeitarbeit die Lohnsumme reduzieren. Dies ist auch angestrebt, allein schon wegen der Reform der Erbschaftssteuer, die ab Anfang 2009 gilt, aber das ist wieder ein neues Fass.

Langfristig verliert der Entleiher die Identifizierung seiner Arbeitnehmer mit dem Unternehmen, aber da heute ja nur der kurzfristige Erfolg zählt, ist den Managern dies egal. Wir haben schließlich einen Arbeitgebermarkt – der nächste Jobsuchende rüttelt bereits an der Türklinke.

Der andere Punkt ist: Leiharbeiter sind keine guten Konsumenten – woher soll es denn kommen, bitteschön. Die meisten verdienen grottenschlecht. Müssen sogar noch als Aufstocker zur Arbeitsagentur. Leiharbeiter sind somit keine große Stütze für den Konsum. Das sehen wir doch spätestens seit der Finanzkrise, dass dieses kurzfristige

Profitdenken mittel- bis langfristig die Binnennachfrage abwürgt. Und dann – baff – Rezession!

Anschließend sind die Zeitarbeiter die ersten, die gehen dürfen und besitzlos auf der Strecke bleiben. Dies sind alles neoliberale Fehlentwicklungen.

**Müller:**

Welche Langfristwirkungen wird diese Entwicklung haben?

**Obergassel:**

Dies alles führt in der Gesellschaft zu einer Spirale nach unten. Bei den Arbeitnehmern tritt Resignation und Gleichgültigkeit ein. Bei den ca. acht Millionen atypisch beschäftigten Arbeitnehmern, also Mini-, Midi- Teilzeitjobbern, Leiharbeitern, Prekären usw. ist die Rezession bereits seit einigen Jahren angekommen. Das Geld, was bei ihnen nicht ankam, floss sozusagen zu den Vermögenden.

Da bewahrheitet sich der Spruch: *Wo Geld ist, kommt immer noch was dazu.*

Zum x-ten Mal haben Studien, zum Beispiel die DIW-Studie vom Januar 2009, darauf hingewiesen, dass sich in Deutschland die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter und immer schneller öffnet. Eine höhere Erwerbsquote auf dieser Basis, also der unsicheren, prekären Beschäftigungsverhältnisse, führt nun mal nicht automatisch zu weniger Armut. Die Konsumflaute bei den Bürgern ist somit selbst verschuldet, da bräuchte die Wirtschaft eigentlich gar nicht jammern.

**Müller:**

Unbestreitbar ist doch, dass der Exportsektor durch diese Strategie außerordentlich erfolgreich wurde. Auch Instrumente wie „KAPOVAZ“ helfen dabei, Unternehmen flexibler werden zu lassen. War es nicht ein Ziel, den Erfolg auch nach unten durchzureichen?

**Obergassel:**

Das Stichwort „KAPOVAZ“, also die kapazitätsorientierte Arbeitszeit.

Ja, damit soll es Unternehmen ermöglicht werden die Arbeitszeit an sich variabel zu gestalten, je nach Auftragslage.

Jedoch was die Zeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf generell angeht:

Dieser Aufschwung kam dummerweise bei den Menschen in den atypischen Beschäftigungsverhältnissen nie an. Und bei den Prekären darunter, also den Beschäftigungsverhältnissen die nicht geeignet sind auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person zu sichern, erst recht nicht. Ganz im Gegenteil – es wurden immer mehr von diesen so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen geschaffen. Diese atypischen Beschäftigungsverhältnisse werden langsam typisch – das ist eine verheerende Entwicklung. Dahinter steckt ja die „atmende Fabrik“.

**Müller:**

In guten Zeiten holt man sich die Arbeitnehmer die man benötigt und in schlechten Zeiten werden sie eben so schnell wieder entlassen. Findet hier nicht auch eine Risikoverlagerung statt?

**Obergassel:**

In erheblichem Maße sogar. Das Unternehmensrisiko wird dahingehend auf den Arbeitnehmer übertragen, dass er keinerlei Ansprüche auf etwaige Abfindungen hat, von Kündigungsschutz ganz zu schweigen, er wird einfach abbestellt und an die Verleihfirma zurückgeschickt.

Nun in der sich mittlerweile abzeichnenden Wirtschaftskrise atmen die Fabriken wieder aus. Der Arbeitnehmer war und ist nur Verfügungsmasse! Aus den unsicheren Arbeitsverhältnissen fallen diese Menschen nun ganz nach unten durch, denn auch das Arbeitslosengeld wird sehr gering sein. Die neoliberalen Ökonomen in Deutschland haben sich die USA zum Vorbild genommen. Motto: „Heute heuern, morgen feuern.“

Politisch ist dies ja schließlich gewollt, besonders von den konservativen Parteien, letztendlich haben sie es ja so eingefädelt. Sie hoffen, dadurch beim nächsten Wirtschaftsschub wieder billige und willige

Arbeitskräfte zu erhalten. Das hierdurch aber eine Art Traumatisierung der ausgenutzten Arbeitnehmer eintreten könnte, wird ausgeblendet. Natürlich bauen die Regierenden auf die geschaffenen Abhängigkeiten der Betroffenen. Offenbar rechnen sie auch mit dem kurzen Gedächtnis der Menschen.

Übrigens sieht man in dieser weltweiten Rezession doch nun deutlich, dass nur ein starker Sozialstaat den Fall nach unten abfedern hilft, da er stabilisierend auf die Binnennachfrage wirkt.

Ein Staat kann nur dann sozial ausgleichend wirken, wenn er eine solide Finanzierungsbasis besitzt, und in der die bereits finanziell Besergestellten auch stärker belastet werden.

Dies schafft dann eine die Wirtschaft belebende Nachfrage. Ansonsten beginnt doch nur wieder die nächste Runde im Finanzcasino.

## 23. Eine Bad-Bank für den Bürger?

### Schultz:

Ab Mitte Januar 2009 wurde die Forderung der Banker nach einer Deutschen Bad-Bank für risikobehaftete Wertpapiere immer lauter. Was hielten Sie von solchen Lösungsvorschlägen?

### Obergassel:

Diese Forderung war an Chuzpe (*Unverfrorenheit, Dreistigkeit*) nicht zu überbieten. Die verlustbringenden Risikopapiere sollte der Steuerzahler bekommen, aber womit man Geld verdienen kann, bliebe dann bei den Eigentümern. Echt toller Vorschlag.

Mich wundert schon sehr, warum der Deutsche Michel so ruhig bleibt. Aber er trägt wohl zurecht eine Schlafmütze. Eine Bad-Bank nach dem geforderten Muster, ist in der Tat die offensichtlichste Form, die historische Dimension dieses Raubzuges, dieser Umverteilung zugunsten der Banken und deren Anteilseigner zu verdeutlichen.

### Schultz:

Die Überlegungen gingen in die Richtung, das Tagesgeschäft der Banken wieder zu konsolidieren, wieder normalisieren zu helfen.

### Obergassel:

Sicherlich. Aber die Signalwirkung ist geradezu verheerend. Zockerpapiere können doch nicht einfach so zu einem völlig unrealistischen Bilanzwert vom Steuerzahler übernommen werden. Das war ja der erste Vorschlag. Hier war die Rede von fast einer Billion Euro!

Würde auch nur ein Bruchteil dieser Summe real fällig, dann würde für die nächsten Jahre ein gigantisches Loch im Bundeshaushalt entstehen. Dies hätte entsprechende Folgen für die Sozialsysteme, für die Infrastruktur und wieder auf die Konjunktur selbst. Die Schulden die der Bund macht, das gilt natürlich auch für Konjunkturprogramme, macht er, in dem er Staatsanleihen ausgibt. Die Zinsen dafür bekommen die Kapitalanleger. Es wird also von unten nach oben umverteilt, in einem

nie dagewesenen Ausmaß. Eine Bad-Bank-Lösung ohne Gegenleistung halte ich für suboptimal. Als Banken in Schweden in den 1990ern ähnliche Probleme hatten, wurden sie zuvor verstaatlicht. Diesen Schritt möchte man hier jedoch nicht gehen.

**Schultz:**

Andere Vorschläge gingen in die Richtung, dass die sich an den Rand des Ruins befindlichen Banken, jeweils eine eigene Bad-Bank einrichten könnten, um dort die Risikopapiere einzulagern. Viele kleine Bad-Bankchen also. Dadurch wären die Risikopapiere ebenfalls nicht mehr in der Bilanz der betroffenen Banken aufgetaucht.

**Obergassel:**

Da kann ich nur wieder zynisch werden und sagen: Im Auslagern aus den Bilanzen, ja, damit kennen sich die Banker recht gut aus. Wäre der nächste Vorschlag gewesen, auch die faulen, die toxischen Banker und Manager gleich mit abzugeben? Dann hätte man die toxischen Ökonomen doch auch gleich in einer Art Bad-Think-Tank entsorgen können.

Peter Kümmel malte im Feuilleton der „ZEIT“ das Szenario einer Universalmetapher des 21. Jahrhunderts an die Wand. Bad-Hospitals für arme Kranke, Bad-Schools für Randständige, Bad-TV für die Unterschicht, Bad-Areas in den Vorstädten.<sup>57</sup> Was ist mit Urlaub in Bad-Sassendorf? Ihhhh!

Aber noch einmal. Auf Staatskosten sollten diese faulen Schrottpapiere entsorgt werden, damit jeweils eine Good-Bank übrig bleibt, die ihre Vorstände weiterhin finanziell Überversorgen kann? Damit sie sich von der Schuld ihres eigenen Versagens befreien? Der Bürger soll die Kosten für Fehlspekulation und Gier tragen? Da sage ich konsequent: NEIN!

Das Signal, welches von einer Bad-Bank oder deren Mehrzahl ausgeht, ist fatal. Auch Banken haben schließlich das ökonomische Recht auf einen in Deutschland strafbaren Konkurs. Man darf einfach nicht alle Banken in Deutschland für systemisch erklären und sagen, keine von ihnen darf Pleite gehen. Wichtig ist doch, dass die Einlagen geschützt werden und nicht die Banken. Leider werden etliche Bürger,



die als vertrauensselige Kleinsparer ihr Geld verloren haben, nicht geschützt. Sie haben keine Möglichkeit unter einen Rettungsschirm zu springen und sich ihre Verluste ausgleichen zu lassen. Zu selten haben sie das Kleingedruckte gelesen oder aber sich zu sehr in trügerischer Sicherheit gewogen. Das ist alles sehr bedauerlich.

In den Standardmodellen der neoliberalen Ökonomen kam es aber einfach nicht vor, dass sich eine Bankenpleite, namentlich Lehman-Brothers, derart desaströs auswirken kann. Unsere Politiker glaubten den Modellen der marktgläubigen Ökonomen und der Bürger immer wieder den mantraförmigen Versprechungen der Politiker: „Alles wird guut.“

**Schultz:**

Der Internationale Währungsfond (*IWF*) bezifferte den Gesamtverlust der Banken ein halbes Jahr nach Beginn der Finanzkrise auf vier Billionen US\$, 1/10 der gesamten Weltwirtschaftsleistung. Die Experten mahnten die Regierungen, international abgestimmt, die Bilanzen der Banken von den geplatzten Risikopapieren zu befreien.<sup>58</sup>

**Obergassel:**

Na klar, so macht man Druck und erzeugt das Bild einer Notwendigkeit. Dazu passt auch, dass Bankenvorstände und auch führende Ökonomen die Konjunkturerholung abhängig von einer Auslagerung von Schrottpapieren machten. Sie sagten: Erst wenn die Banken von dieser Last befreit sind, würde wieder Vertrauen untereinander möglich sein und der Investitionsprozess wieder in Gang kommen. Die intensive Stimmungsmache die Wettschulden des globalen Casinobetriebes dem Steuerzahler als Risikoträger aufzubürden, damit die Wirtschaft wieder Tritt fassen kann, trägt erpresserische Züge. Ziel: Das Geld des Bürgers zu bekommen!

**Schultz:**

Das Bundeskabinett hat Mitte Mai 2009 einen Gesetzesentwurf „zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ vorgestellt und beschlossen, nachdem die Banken „Zweckgesellschaften“ gründen können, an die die Schrottpapiere zum aktuellen Buchwert, abzüglich 10

Prozent, übertragen werden können. Die übertragenden Banken, bekommen dann vom SoFFin Anleihen in gleicher Höhe. Der Bund solle *nicht haften, aber garantieren*. Man rechnet nicht mit neuen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

**Obergassel:**

Ein aktueller Buchwert kann immer noch zu hoch sein. Irgendwann ist Zahltag. Erst dann weiß man, was man für die Wertpapiere, die mehrheitlich Derivate sind, noch bekommt. Auf irgendeine Art wird der Bürger die Verluste schon bezahlen müssen.

Aber man könnte ja auch alles umdrehen: Der Staat übernimmt die guten Risiken der Banken und deren Kreditgeschäfte in eine Zweckgesellschaft, eine „Good Bank“, und lässt die Banken mit den schlechten Wertpapieren, die teilweise eine Laufzeit von bis zu 20 Jahren haben, möglicherweise pleite gehen. Wo ist denn das Problem?

Unsere Politiker verfolgen jedoch das Ziel: Wiederherstellung eines Systems, bei dem die Spielregeln so wenig wie möglich geändert werden brauchen, damit die gleichen Leute wie vorher agieren können und ohne Kollateralschaden davon kommen.

Eine frühpensionierte Studienrätin, die ich gelegentlich im Fitnesscenter traf, sagte einmal: „Der Staat kann nicht so einfach pleite gehen – vorher holt er sich fehlendes Geld bei dem Bürger“. Sie hatte wohl recht. Aber das alles ist doch nicht gottgegeben.

# Bestellschein

Fax  
0941  
400 486

Sichern Sie sich jetzt das Buch „AUSGENUTZT UND AUSGEGRENZT“

Preis: 12,80 Euro

Erscheinungstermin: Mitte August!

202 Seiten • Din A5 • Softcover

## Hiermit bestelle ich

\_\_\_\_\_ Buch/Bücher „AUSGENUTZT UND  
AUSGEGRENZT“ für je 12,80 Euro  
(zzgl. Versandkosten)

## Zahlung erfolgt per:

Rechnung

Bankeinzug

Ja, ich möchte diese Bestellung per Bankeinzug bezahlen:  
Bitte ziehen Sie den fälligen Rechnungsbetrag für diese  
Bestellung von

Konto-Nr: \_\_\_\_\_

Kreditinstitut: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

ein

## Lieferanschrift & Rechnungsanschrift

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße und Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ und Wohnort



Bestellschein ausfüllen und einfach faxen oder per Post an uns schicken:

Schwedhelm Verlag • Gambachstr. 15 • 93173 Wenzenbach

Fax: 0941 / 400 486

## Sie sind der Meinung, Interviews sind langweilig?

Das Interview des Dortmunder Autors Bernd Obergassel durch die Herren Markus Müller und Stefan Schultz überzeugt mit seinen vielen An- und Einsichten vom Gegenteil.



Die neoliberale Ideologie zeigt immer deutlicher ihr wahres Gesicht: Gewinngarantien eines immer autoritärer werdenden Staates für die Wohlhabenden und gesetzlich abgesichertes Unrecht gegen Arbeitnehmer und Erwerbslose. Das darf nicht so bleiben, fordert Bernd Obergassel.

Der Autor, studierter Elektrotechnikingenieur, Wirtschaftsingenieur und autodidaktischer bildender Künstler, mahnt nicht zuletzt wegen dem Klimawandel und der Finanz- bzw. der Weltwirtschaftskrise eine Änderung der Prioritäten in Wirtschaft und Politik an und sagt: Ein marktliberaler, freiheitlicher Wettbewerb, der durch Ausbeutung natürlicher Ressourcen das Umwelt- und Klimaproblem erst verursacht, wird dieses Problem selbst nicht lösen können. Die nun deutlich werdende Notwendigkeit von Wettbewerbsregulierungen, nimmt dem Neoliberalismus seine Existenzberechtigung und eröffnet die Chance eine sozialere, ökologischere und gerechtere Welt zu schaffen.